

Target-Entwicklung: Kapitalflucht aus Griechenland?

Description

Die Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber dem Eurosystem haben im Januar deutlich zugenommen, und zwar um 54 auf 515 Mrd. Euro. Es handelt sich damit um einen der größten Anstiege seit Ausbruch der Finanz- und Eurokrise; nur im September 2011 und im März 2012 waren die Zunahmen mit 59, bzw. 69 Mrd. Euro noch größer.

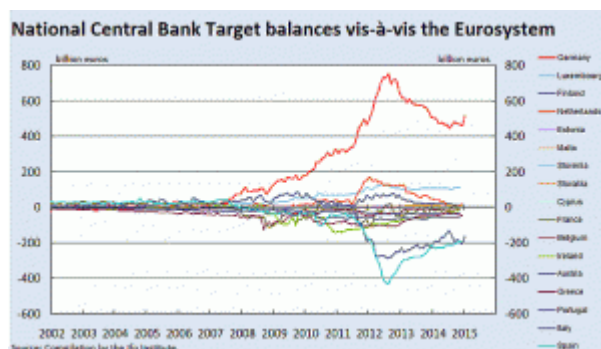
„Dahinter verbirgt sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine massive Kapitalflucht aus Griechenland“, erklärt ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Ausländische Investoren und griechische Vermögensbesitzer dürften ihr Kapital aufgrund der mit dem Wahlausgang gestiegenen Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit Griechenlands und den Verbleib des Landes in der Währungsunion ins sichere Ausland gebracht haben.

„Um ihr Geschäft fortführen zu können, beschaffen sich die vom Kapitalabzug betroffenen griechischen Kreditinstitute die fehlende Liquidität über Refinanzierungskredite von der griechischen Zentralbank. Ohne diese Liquidität fände die Kapitalflucht rasch ihre Grenze durch die Insolvenz der Banken“, sagt Sinn. In diesem Zusammenhang verweist er auf den gerade beschlossenen Ersatz der bisherigen Refinanzierungskredite, die im Übermaß in Anspruch genommen worden waren, durch die neuen Notfallkredite im Umfang von 60 Mrd. Euro. Das frisch gedruckte Geld wird über das Zahlungsverkehrssystem „Target“ des Europäischen Zentralbankensystems unter anderem an deutsche Kreditinstitute überwiesen, wodurch die Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank ansteigen. „Die Hilfen der EZB dienen also dazu, den Vermögenseigentümern Griechenlands und ausländischen Anlegern die Flucht zu erlauben. Der Sachverhalt ist einer Konkursverschleppung im Privatrecht ähnlich“, ergänzt Sinn.

Da es nicht Aufgabe der Steuerzahler Europas sein kann, griechischen und ausländischen Kapitalanlegern die Flucht zu ermöglichen, sollte die Gegenfinanzierung durch die EZB sofort hart begrenzt werden. Dann wäre Griechenland gezwungen, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, um die Banken zu retten. Diesen Schritt hat man in Zypern im Frühjahr 2013, ein Jahr zu spät, durchgeführt. Auf diese Weise gelang es der zyprischen Notenbank im Jahr 2012, ein halbes Sozialprodukt aus der Druckerpresse zu ziehen, um ausländischen und einheimischen Anlegern die Flucht zu finanzieren. Diesen Fehler darf die EZB nicht wiederholen.

[Nach einer Pressemitteilung des ifo-Instituts vom 6.2.2015]

Zum Thema "Kapitalflucht" siehe auch [hier](#)!





[Chartquelle](#)

Nachtrag:

(27.2.15) Das ifo-Institut berichtet auf Grundlage neuester Zahlen der griechischen Zentralbank: Die Kapitalflucht aus Griechenland hat sich im Januar dramatisch beschleunigt. Die griechische Notenbank bat die anderen Notenbanken der Eurozone sowie die EZB-Zentrale, zu ihren Lasten netto knapp 27 Mrd. Euro auf ausländischen Konten gutzuschreiben. Auf diese Weise hat das Eurosystem Griechenland pro Werktag mehr als eine Milliarde Euro an neuen Überziehungskrediten gewährt.

„Die EZB sollte die griechische Regierung durch den Stopp neuer Notkredite zwingen, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, damit nicht wieder dasselbe passiert wie 2012 in Zypern“ verlangte ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Das Zentralbankensystem hatte Zypern 11 Mrd. Euro oder nahezu 60% seiner jährlichen Wirtschaftsleistung an Target-Krediten gewährt, bevor Kapitalverkehrskontrollen eingeführt wurden. Diese Kredite hatten das Fluchtkapital vor Vermögensverlusten geschützt und die Parlamente der Euroländer sowie den IWF anschließend gezwungen, Zypern als Ersatz für die EZB-Kredite 10 Mrd. Euro an fiskalischen Krediten der Rettungssysteme zu gewähren.

Die Gesamtsumme der Target-Kredite Griechenlands stieg durch die Kapitalflucht im Januar auf 76 Mrd. Euro oder 41% Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die Summe der fiskalischen und quasi-fiskalischen Rettungskredite für Griechenland stieg damit von 264 Mrd. Euro per Ende Dezember auf 290 Mrd Euro per Ende Januar. Das sind 158% der jährlichen Wirtschaftsleistung. Dabei ist schon berücksichtigt, dass Griechenland im Januar etwa eine halbe Milliarde Euro an den IWF zurückgezahlt hat. Die Haftung des deutschen Staates gegenüber Griechenland stieg durch diese Entwicklung erheblich. Im Falle eines Konkurses des griechischen Staates und der Banken läge der Verlust des deutschen Staates nun bei maximal 86 Mrd. Euro. Im Falle eines Konkurses des griechischen Staates und der Notenbank sowie eines Austritts aus dem Euro läge er bei maximal 84 Mrd. Euro.